

möglich war. Es dürfen nicht mehr als 20 v. H. umgeladen werden. Die Tarife seien einheitlich, gegenüber dem Ausland traten die deutschen Eisenbahnerverwaltungen als einheitliche Macht auf.

Der württembergische Landtag tritt Mitte April wieder zusammen.

Befämpfung des Opiums in Kantonen. Wie wir hören, ist vor kurzem eine Verordnung des Gouvernements in Kantonen erlassen, die sich mit der Opiumfrage befaßt, und dem Genuß von Opium entgegenzukommen versucht.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Der Besuch des Deutschen Kaisers und der Thronfolger. Aus Wien wird gemeldet: Wie verlautet, kommt der Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand anlässlich der Anwesenheit Kaiser Wilhelms nicht nach Wien, sondern empfängt voraussichtlich den Deutschen Kaiser auf dessen Fahrt nach Venedig.

Reichsduma. Der Justizminister hat eine Gesetzentwurf eingereicht, betreffend die Durchsicht der Gesetze über Verleumdung und Verleumdung in der Presse, darunter auch über die Verleumdung von fremden Staats- oder Regierungsoberhäuptern, und Diplomaten.

Frankreich.

Eine Spende für den Antimilitaristen Herod. Das antimilitaristische Blatt des Herrn Jules Herod, 'La guerre sociale' veröffentlicht einen Brief eines ehemaligen Offiziers an den Präsidenten Faillieres, worin der Schreiber der Zeitung mitteilt, daß er dem Herausgeber Jules Herod, der schon seit längerer Zeit wegen Verweigerung des Gefängnisstrafes, eine Summe von 500 000 Franken zur freien Verfügung gestellt habe.

Rußland.

Reichsduma. Der Justizminister hat eine Gesetzentwurf eingereicht, betreffend die Durchsicht der Gesetze über Verleumdung und Verleumdung in der Presse, darunter auch über die Verleumdung von fremden Staats- oder Regierungsoberhäuptern, und Diplomaten.

Deutscher Reichstag.

(Fortsetzung aus der Abendausgabe.) Berlin, 16. März. (Tel.)

Fortsetzung der Besprechung der Interpellation betr. den

Bergarbeiterstreik.

Abg. Giesberts (Ztr.): Daß die sozialdemokratische Presse häufig verächtlich von den Arbeitern, besonders von den christlichen und ihren Führern, spricht, ist kein Wunder, denn dort sitzen viele Leute, die in ihrem Leben noch keinen Finger zur Arbeit krümmen gemacht und ihre Bildung in sozialdemokratischen Redaktionsstuben erhalten haben.

Bei den Wahlen die Sozialdemokraten im Stich lassen, so liegt das in dem ehrlichen Glauben gegen die Terroristen herrschaft, in dem Glauben, den sie unseren Leuten durch ihre Brutalität einimpfen.

Abg. Giesberts (Ztr.) fortfahrend: Die christlichen Organisationen haben niemals gelagt: Wir beteiligen uns unter keinen Umständen an einem Streik; sie haben sich vielmehr vorbehalten, abzumarten, ob die Arbeitgeber die versprochenen Lohnaufbesserungen eintreten lassen.

Abg. Dr. Hecker (Vorl. Abt.): Die hagerfüllte Stimmung in der Gemerkschaft befaßt mich aufs tiefe. Wir haben angefangen die Trübsalbildung als Gegengewicht einer gewaltigen machtvollen Gewerkschaft unbedingt nötig.

Abg. König (Soz.): Es sollte unter allen Umständen verübt werden, den berechtigten Lohnwünschen der Arbeiter Rechnung zu tragen. Dieser gute Wille wird vielfach vermisst.

Abg. König (Soz.): Es sollte unter allen Umständen verübt werden, den berechtigten Lohnwünschen der Arbeiter Rechnung zu tragen. Dieser gute Wille wird vielfach vermisst.

wir einen Funken Hoffnung noch legen, daß diese Erörterungen hier im Reichstag doch etwas dazu beitragen, die Verhältnisse zu verbessern.

Abg. Seife (Soz.): Die Behandlung der Bergarbeiter durch die Arbeitgeber ist unglücklich. Durch die Vorkommen beispielsweise die Bezüge des Organs des Bergarbeiterverbandes festgestellt, um so den betreffenden Bergleuten ihre Zugehörigkeit zu dieser Organisation nachzuweisen und sie zu mahnen.

Abg. Wehrens (Vorl. Abt.): Ein Vergleich der gegenwärtigen Situation mit dem Streik von 1906 ist sachlich unmöglich. Niemand von uns hat härteren geschlichen Schick verlangt; wir wollten nur die Maßnahmen getroffen wissen zur Gewährleistung der öffentlichen und persönlichen Sicherheit.

Nächste Sitzung Montag 2 Uhr. Etat des Innern.

Preussisches Abgeordnetenhaus.

Berlin, 16. März.

Zunächst werden die Gesetzentwürfe betreffend Änderung einiger Amtsgerichtsbezirke in der 3. Beratung ohne Debatte angenommen.

Kultusminister von Trott zu Solz: Bis zum 1. April 1911 waren an den höheren Schulen drei katholische Geistliche als Oberlehrer angestellt; von ihnen erzielte einer die Beförderung in Sek. II.

Abg. Stöckel (Volk): Wir verlangen nach wie vor die polnische Unterrichtssprache für die Volksschule.

Abg. Borchardt (Soz.): Der Minister sprach sich heute dahin aus, daß ein Lehrer der Sozialdemokratie, seiner Stellung und Existenz entgegen werden müßte.

Abg. Borchardt fuhr fort: Ich habe meine eigene Meinung darüber, wie man über einen König spricht und lasse mir darüber keine Vorwürfe machen.

Abg. Windler (Konf.): Ich danke dem Minister für die klaren und selten Worte über die Stellungnahme, die er von den Lehrern zur Sozialdemokratie erwartet.

dem Lande sie in den Händen der Geistlichen verbleiben möge. Wir wollen auch keine Trennung von Staat und Kirche.

Abg. Dr. Friedberg (Kat.): Die Auffassung des Kultusministers, der nicht Stellung nehmen will in dem Streite zwischen den Abg. Campe und Dietrich, ist uns nicht recht verständlich.

Abg. Hoyer (Konf.) rechtfertigte das Verhalten der Unterrichtsverwaltung in dem Falle des Seminarlehrers in Ragnitz.

Abg. Schupp (Kat.): Wir sind und bleiben Gegner der reinen Staatsschule. Daß ein Lehrer nicht Sozialdemokrat sein darf, ist die Anschauung der gesamten Volksschule.

Nächste Sitzung Montag 11 Uhr.

Zentralverein für Deutsche Binnenschifffahrt.

Berlin, 16. März.

Unter zahlreicher Beteiligung hielt gestern der Zentralverein für Deutsche Binnenschifffahrt in der Handelskammer seine diesjährige ordentliche Hauptversammlung unter dem Vorsitz des Geh. Regierungsrats Professor Dr. H. J. Lamme-Charlottenburg ab.

Das dem vom Generaldirektor Kragoczky erhaltene Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß im verflochtenen Jahre für die Binnenschifffahrt von besonderer Bedeutung war die außergewöhnliche Leichtigkeit des Sommers mit seinem ungewöhnlich niedrigen Wasserstand.

Der Vorsitzende Geh. Regierungsrat Professor H. J. Lamme begrüßte zunächst die erschienenen Gäste, unter denen sich auch die Reichstagsabgeordneten Baffermann und Dr. Krampl-Mannheim befanden.

Hierauf sprach Redirektor Schilling vor mund über die Stellungnahme zu dem Entwurf eines preussischen Wassergesetzes.

1. Der Zentralverein für Deutsche Binnenschifffahrt erklärt in Übereinstimmung mit seinen bisherigen Beschlüssen die Einführung des Staats-Schleppmonopols auf den westlichen fließenden Wasserstraßen nach wie vor für unwirtschaftlich und unzulässig.

2. Dieser Widerspruch gegen die Einführung des staatlichen Schleppmonopols wird verfehlt durch den dem preussischen Gesamtministerium vorgelegten Entwurf über die Einführung des Schleppmonopols auf dem Rhein-Weiser- und Lippekanal.

Abonnieren Sie... Sie bleiben Kunde! im Abonnementshaus für vornehme Herrenmoden G. m. b. H. Petersstrasse 22. Z. B. Serie I 2 Anzüge, 1 Paletot oder 1 Ulster Mk. 18.00 monatlich. Serie II 3 Anzüge Mk. 15.50 monatlich. Wir liefern nur vornehmste Maßarbeit, vorzüglichsten Sitz. Prospekt auf Wunsch. Telefon 19 191. Sie empfehlen uns!